

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Waldkliniken Eisenberg GmbH

Art des öffentlichen Auftraggebers: Von einer Kommunalbehörde kontrolliertes oder finanziertes öffentliches Unternehmen

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers: Gesundheit

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Beschaffung von Labordienstleistungen der klinischen Chemie mit Leistungsbeginn 01.01.2027

Beschreibung: Erbringung von labormedizinischen Leistungen der klinischen Chemie im Sinne der Abschnitte M I bis M III der Gebührenordnung für Ärzte einschließlich weiterer im Zusammenhang stehender Leistungen sowie die Übernahme von Leistungen bei der Führung eines Blutdepots einschließlich damit in Zusammenhang stehender transfusionsmedizinischer Laborleistungen mit Leistungsbeginn 01.01.2027 gegen vordefiniertes Entgelt.

Kennung des Verfahrens: 87df2f25-a282-4175-8004-e8c24bf94d2c

Interne Kennung: LaborDL - klinische Chemie - ab 01.01.2027

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Beschleunigtes Verfahren: nein

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Hauptklassifizierungscode (cpv): 71900000 Labordienste

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 85145000 Dienstleistungen von medizinischen Laboratorien

2.1.2 Erfüllungsort

Postanschrift: Klosterlausnitzer Straße 81, 07607 Eisenberg

Ort: Eisenberg

Postleitzahl: 07607

NUTS-3-Code: Saale-Holzland-Kreis (DEG0J)

Land: Deutschland

2.1.3 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 3 400 000 Euro

2.1.4 Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: *

Das Entgelt für die zu erbringenden Leistungen ist vorab definiert. Das heisst, der Auftraggeber zahlt dem Anbieter, welcher den Zuschlag erhält, für jede auftragsgemäß erbrachte labormedizinische Leistung (ohne Wahlleistungspatienten) eine Vergütung in Höhe des 0,245-fachen des Einfachen des für die Leistungen der Abschnitte I bis III nach GOÄ in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung anfallenden Gebührensatzes.

*

Unterschreitet diese einzelleistungsbezogene Abrechnung eine kalenderjährliche Mindestvergütung, zahlt der Auftraggeber anstelle der kalenderjährlichen einzelleistungsbezogenen Vergütung die kalenderjährliche Mindestvergütung. Die Höhe der kalenderjährlichen Mindestvergütung wird vom Anbietenden im Rahmen seines Angebotes festgelegt, darf jedoch 850.000 € /Jahr nicht überschreiten.

*

Der Zuschlag wird auf das Angebot mit der niedrigsten kalenderjährlichen Mindestvergütung erteilt. Angebote, die eine kalenderjährlichen Mindestvergütung von 850.000 € /Jahr überschreiten, werden vom Verfahren ausgeschlossen.

*

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6 Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung: Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne des § 123 I Nr. 6-9 GWB durch "Eigenerklärung zum Nachweis gemäß §§ 123 und 124 GWB"

Betrug oder Subventionsbetrug: Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne des § 123 I Nr. 4, 5 GWB durch "Eigenerklärung zum Nachweis gemäß §§ 123 und 124 GWB"

Bildung krimineller Vereinigungen: Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne des § 123 I Nr. 1 GWB durch "Eigenerklärung zum Nachweis gemäß §§ 123 und 124 GWB"

Bildung terroristischer Vereinigungen: Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne des § 123 I Nr. 1 GWB durch "Eigenerklärung zum Nachweis gemäß §§ 123 und 124 GWB"

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne des § 123 I Nr. 2, 3 GWB durch "Eigenerklärung zum Nachweis gemäß §§ 123 und 124 GWB"

Insolvenz: Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne des § 124 I Nr. 2 GWB durch "Eigenerklärung zum Nachweis gemäß §§ 123 und 124 GWB"

Interessenkonflikt: Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne des § 124 I Nr. 5 GWB durch "Eigenerklärung zum Nachweis gemäß §§ 123 und 124 GWB"

Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags: Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne des § 124 I Nr. 7 GWB durch "Eigenerklärung zum Nachweis gemäß §§ 123 und 124 GWB"

Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung: Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne des § 123 I Nr. 10 GWB durch "Eigenerklärung zum Nachweis gemäß §§ 123 und 124 GWB"

Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren: Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne des § 124 I Nr. 2 GWB durch "Eigenerklärung zum Nachweis gemäß §§ 123 und 124 GWB"

Schwere Verfehlung: Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne des § 124 I Nr. 3 GWB durch "Eigenerklärung zum Nachweis gemäß §§ 123 und 124 GWB"

Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens: Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne des § 124 I Nr. 5, 9 GWB durch "Eigenerklärung zum Nachweis gemäß §§ 123 und 124 GWB"

Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne des § 124 I Nr. 1 GWB durch "Eigenerklärung zum Nachweis gemäß §§ 123 und 124 GWB"

Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne des § 124 I Nr. 1 GWB durch "Eigenerklärung zum Nachweis gemäß §§ 123 und 124 GWB"

Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne des § 124 I Nr. 1 GWB durch "Eigenerklärung zum Nachweis gemäß §§ 123 und 124 GWB"

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen: Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne des § 123 IV Nr. 1 GWB durch "Eigenerklärung zum Nachweis gemäß §§ 123 und 124 GWB"

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben: Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne des § 123 IV Nr. 1 GWB durch "Eigenerklärung zum Nachweis gemäß §§ 123 und 124 GWB"

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen: Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne des § 124 I Nr. 4 GWB durch "Eigenerklärung zum Nachweis gemäß §§ 123 und 124 GWB"

Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung: Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne des § 124 I Nr. 6 GWB durch "Eigenerklärung zum Nachweis gemäß §§ 123 und 124 GWB"

Zahlungsunfähigkeit: Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne des § 124 I Nr. 2 GWB durch "Eigenerklärung zum Nachweis gemäß §§ 123 und 124 GWB"

Rein nationale Ausschlussgründe: *

Nachweis der Einhaltung der Vorschriften zur Tariftreue, Mindestentgelt und Entgeltgleichheit gemäß § 6 ThürVgG sowie der Vorschriften zum Nachunternehmereinsatz gemäß § 7 ThürVgG einschließlich Pflicht zur Vorhaltung von Unterlagen nach § 12 ThürVgG durch Abgabe des Formulars "Eigenerklärung zum Thüringer Vergabegesetz gemäß § 8 Abs. 1 S. 1"

*

Die Überschreitung der kalenderjährlichen Mindestvergütung in § 8 Abs 2 des den Vergabeunterlagen gegenständlichen Vertragsentwurfes von 850.000 € führt zum zwingenden Ausschluss des Angebotes.

*

5 Los

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0000

Titel: Beschaffung von Labordienstleistungen der klinischen Chemie mit Leistungsbeginn 01.01.2027

Beschreibung: Erbringung von labormedizinischen Leistungen der klinischen Chemie im Sinne der Abschnitte M I bis M III der Gebührenordnung für Ärzte einschließlich

weiterer im Zusammenhang stehender Leistungen sowie die Übernahme von Leistungen bei der Führung eines Blutdepots einschließlich damit in Zusammenhang stehender transfusionsmedizinischer Laborleistungen mit Leistungsbeginn 01.01.2027 gegen vordefiniertes Entgelt.

Interne Kennung: LaborDL - klinische Chemie - ab 01.01.2027

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Hauptklassifizierungscode (cpv): 71900000 Labordienste

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 85145000 Dienstleistungen von medizinischen Laboratorien

5.1.2 Erfüllungsort

Postanschrift: Klosterlausnitzer Str. 81

Ort: Eisenberg

Postleitzahl: 07607

NUTS-3-Code: Saale-Holzland-Kreis (DEG0J)

Land: Deutschland

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2027

Sonstige Angaben zur Dauer: Unbegrenzt

5.1.5 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 3 400 000 Euro

5.1.6 Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#,#Besonders auch geeignet für:selbst#,#Besonders auch geeignet für:other-sme#

*

Das Entgelt für die zu erbringenden Leistungen ist vorab definiert. Der Auftraggeber zahlt dem Anbieter, welcher den Zuschlag erhält, für jede auftragsgemäß erbrachte labormedizinische Leistung (ohne Wahlleistungspatienten) eine Vergütung in Höhe des 0,245-fachen des Einfachen des für die Leistungen der Abschnitte I bis III nach GOÄ in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung anfallenden Gebührensatzes.

*

Unterschreitet diese einzelleistungsbezogene Abrechnung eine kalenderjährliche Mindestvergütung, zahlt der Auftraggeber anstelle der kalenderjährlichen einzelleistungsbezogenen Vergütung die kalenderjährliche Mindestvergütung. Die Höhe der kalenderjährlichen Mindestvergütung wird vom Anbietenden festgelegt, darf jedoch 850.000 € /Jahr nicht überschreiten.

*

Der Zuschlag wird erteilt auf das Angebot mit der niedrigsten kalenderjährlichen Mindestvergütung. Angebote, die eine kalenderjährlichen Mindestvergütung von 850.000 € /Jahr überschreiten, werden vom Verfahren ausgeschlossen.

*

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: Keine strategische Beschaffung

5.1.9 Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung: *

Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung, die nachfolgende Mindestsummen pro Schadensfall abdeckt: Personenschäden mindestens 5.000.000,00 Euro.

*

Der Nachweis erfolgt durch Vorlage einer Versicherungsbestätigung oder durch Eigenerklärung (vom Bieter selbst zu erstellen). Im Falle der Vorlage einer Eigenerklärung, behält sich der Auftraggeber vor, als Voraussetzung für eine Zuschlagserteilung eine Versicherungsbestätigung einzufordern.

*

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung: *

Nachweis von zwei Referenzen der letzten drei Jahre über die Erbringung von Leistungen, welche mit dem auftragsgegenständlichen Leistungsumfang vergleichbar sind.

*

Beachte: Maßgeblich für die Vergleichbarkeit ist die Anzahl der Klinikbetten, die mit der Laborleistung, auf die jeweils angeboten wird, versorgt wurde.

*

Der Nachweis erfolgt durch Vorlage einer Eigenerklärung (vom Bieter selbst zu erstellen).

*

In der Eigenerklärung sind mindestens folgende Angaben zu tätigen:

o Angaben zum Auftraggeber: Name, Adresse und Ansprechpartner des früheren Kunden (Referenzgeber).

o Auftragsdetails: Inhalt, Ort und Art der erbrachten Leistung; insbesondere Anzahl der Klinikbetten, die mit der Laborleistung versorgt wurde

o Ausführungszeitraum: Genaues Datum für den Beginn und Ende der Leistungserbringung

o Umfang: Netto-Auftragswert

*

Der Auftraggeber behält sich vor, als Voraussetzung für eine Zuschlagserteilung den Inhalt der Referenzen beim Referenzgeber nachzufragen.

*

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung: *

Nachweis über mindestens 2 beim Bieter tätigen Fachärzte/innen für Laboratoriumsmedizin durch Vorlage einer Kopie der Qualifikationsurkunde

der Fachärzte/innen

*

Kriterium: Zertifikate von unabhängigen Stellen über
Qualitätssicherungsstandards

Beschreibung: *

Nachweis der Akkreditierung nach DIN EN ISO 15189 oder vergleichbar
durch Vorlage eines aussagekräftigen Zertifikates oder durch
Eigenerklärung (vom Bieter selbst zu erstellen).

*

Im Falle der Vorlage einer Eigenerklärungen, behält sich der Auftraggeber
vor, als Voraussetzung für eine Zuschlagserteilung ein Zertifikat
einzufordern.

*

5.1.10 Zuschlagskriterien

Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch
Kriterien ausgedrückt werden kann: Den Zuschlag erhält das Angebot mit dem
niedrigsten Betrag der kalenderjährlichen Mindestvergütung (einzutragen in § 8
Abs. 2 des den Vergabeunterlagen beiliegenden Vertragsentwurfes).

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 09/09/2026 23:59

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=881839>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=881839>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden
können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Nebenangebote: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 21/09/2026 12:00

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 3 Woche

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist
teilweise ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Ausgeschlossen ist die Nachforderung des vom
Bieter auszufüllenden Vertragsentwurfes, welcher die Preisangaben zur
kalenderjährlichen Mindestvergütung (einziges Zuschlagskriterium) enthält.
Darüber hinausgehende Erklärungen, Unterlagen und Nachweise werden
mit einer kurzen Nachreichungsfrist von 3 Tagen nachgefordert. Nach
Ablauf der Nachreichungsfrist beim Auftraggeber eingehende Unterlagen
finden keine Berücksichtigung mehr.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Datum des Eröffnungstermins: 21/09/2026 12:15

Ort des Eröffnungstermins: Sitz des Auftraggebers

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Freistaates Thüringen beim Thüringer Landesverwaltungsamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: *

Erkennt ein am Auftrag interessierter Bieter/Bewerber im vorliegenden Vergabeverfahren einen Verstoß gegen Vergabevorschriften, hat er dies gegenüber dem Auftraggeber (Vergabestelle) innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen zu rügen.

*

Unabhängig davon müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die bereits aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber der Vergabestelle gerügt werden.

*

Außerdem müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, ebenfalls innerhalb dieser Frist bei der Vergabestelle gerügt werden.

*

Verstößt ein Bieter gegen diese Obliegenheiten, ist ein Antrag auf Nachprüfung gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nrn. 1 bis 3 GWB unzulässig.

*

Im Falle der Nichtabhilfe einer Rüge hat der Bieter innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer des Freistaates Bayern beim Landesverwaltungsamt Thüringen zu stellen.

*

Der Auftraggeber informiert die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, unverzüglich nach Abschluss der Bewertung der Angebote.

*

Die Mitteilung erfolgt spätestens 15 Kalendertage vor der beabsichtigten Zuschlagserteilung. Die Frist beginnt am Tage nach der Absendung der Information durch die Vergabestelle. Auf den Tag des Zugangs der Information beim betroffenen Bieter oder Bewerber kommt es nicht an.

Wird die Information per Fax oder auf elektronischem Weg versendet, verkürzt sich die vorstehend genannte Frist auf 10 Kalendertage, § 134 Abs. 2 GWB.

*

Mit Ablauf der Wartefrist kann der Auftraggeber den Zuschlag erteilen.

*

Ein Nachprüfungsantrag ist nur statthaft, solange der Zuschlag noch nicht erteilt wurde; ausgenommen, es handelt sich um einen Fall des § 135 GWB.

*

Gemäß § 135 GWB ist ein öffentlicher Auftrag von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber gegen § 134 GWB verstoßen hat oder den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist. Die Unwirksamkeit kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

*

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Waldkliniken Eisenberg GmbH

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Waldkliniken Eisenberg GmbH

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt : Vergabekammer des Freistaates Thüringen beim Thüringer Landesverwaltungsamt

8 Organisationen

8.1 ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Waldkliniken Eisenberg GmbH

Identifikationsnummer: DE165200663

Postanschrift: Klosterlausnitzer Straße 81

Ort: Eisenberg

Postleitzahl: 07607

NUTS-3-Code: Saale-Holzland-Kreis (DEG0J)

Land: Deutschland

E-Mail: ausschreibung@waldkliniken-eisenberg.de

Telefon: 000

Internet-Adresse : www.waldkliniken-eisenberg.de

Rollen dieser Organisation :

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Freistaates Thüringen beim Thüringer Landesverwaltungsamt

Identifikationsnummer: DE.Justiz.dc83eede-fdc9-4967-9466-1dc975e06a65.0c3b

Postanschrift: Jorge-Semprún-Platz 4

Ort: Weimar

Postleitzahl: 99423

NUTS-3-Code: Weimar, Kreisfreie Stadt (DEG05)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@tlvwa.thueringen.de

Telefon: +49 361 57332 1254

Fax: +49 361 57332 1059

Internet-Adresse: <https://landesverwaltungsamt.thueringen.de/wirtschaft/vergabekammer>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 1f95feb4-058a-4e2e-8b33-0898ee489e4b - 05

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 19/08/2026 15:01

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch